

18. SEP. 1974

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Jörg Goldberg

Abschlußtermin dieses Berichts: 17. 8. 1974 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag, 404 Neuss, Xantener Str. 7

Nr. 3/1974 September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Konjunkturprognosen der widersprüchlichsten Art gelangten in den letzten Monaten an die Öffentlichkeit.

Der BDI erwartet nach eigener Aussage für das kommende Halbjahr eine ausgewachsene Rezession (HB v. 26./27. 7. 74). Dagegen rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einer Beschleunigung der Zuwachsrate (FAZ v. 10. 8. 74). Dazwischen liegen IFO-Institut und DIW.

Bei der Bewertung dieser Prognosen muß zwar in Rechnung gestellt werden, daß die Unternehmer mit ihrem Zweckpessimismus die Lohnrunde im Herbst vorbereiten und die Bundesregierung aus politischen Gründen Zweckoptimismus verbreiten möchte. Trotzdem zeigt die Widersprüchlichkeit aller Prognosen die extreme Labilität der gegenwärtigen konjunkturellen Situation, die eine einigermaßen begründete Gesamtprognose unmöglich macht.

Festgestellt werden muß, daß der private Verbrauch weiter stagniert bzw. sogar leicht rückläufig ist. Die Entwicklung der Reallöhne macht eine baldige Belebung der Verbrauchsgüterkonjunktur darüber hinaus unwahrscheinlich. Auch die inländische Investitionstätigkeit ist leicht rückläufig. Die niedrige Kapazitätsauslastung läßt zudem eine Tendenzwende in der nächsten Zeit nicht erwarten. Einzig die Auslandsnachfrage nimmt weiterhin zu. Eine deutliche Abschwächung dieser Tendenz infolge nachlassender Auslandskonjunktur wird sich erst auf längere Sicht durchsetzen, da die Auftragsbestände nach wie vor hoch sind und noch wachsen.

Ob angesichts dieser schwachen Inlandskonjunktur die erwartete Zunahme der Unternehmerngewinne zu einer Belebung führen wird, wie es das IFO-Institut erwartet, muß zweifelhaft bleiben. Wahrscheinlicher ist, daß sich die

schon in der Vergangenheit sichtbare Zunahme der Kapitalexporte weiter verstärken wird.

Während die konjunkturelle Lage weiterhin sehr differenziert und unsicher ist, kann eine Abschwächung der Preisbewegung nicht konstatiert werden. Die auf saisonale Sondereinflüsse zurückzuführende leichte Abschwächung der Steigerungsraten für den privaten Verbrauch verdeckt die Tatsache, daß die Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise auf eine Beschleunigung auch der Verbraucherpreise hindeutet.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist inzwischen zum Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung geworden, ohne daß andere Probleme — das der Preise oder der Exportlastigkeit z. B. — gelöst werden konnten. Alle Prognosen sind sich darüber einig, daß für die nähere Zukunft mit einer weiteren Verschärfung zu rechnen ist.

Sicher ist dabei, daß die Unternehmer und die Regierung den Hinweis auf die Unsicherheit der Arbeitsplätze in den bevorstehenden Tarifausschüttungen als Waffe für ihre Lohnpolitik zu nutzen versuchen werden. Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften müssen sich angesichts eines zunehmenden Drucks bewußt bleiben, daß weder ein Verzicht auf Realloohnerhöhungen noch eine Lockerung von Kreditrestriktionen zu einer wirtschaftlichen Belebung und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führen können. Das Hauptproblem der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist die fehlende Massenkaufkraft. Sie verursacht den Rückgang des privaten Verbrauchs, die Unterauslastung der Kapazitäten und damit auch die nachlassende Investitionstätigkeit. Eine Belebung der Massennachfrage ist aber nur dann zu erwarten, wenn es in den kommenden Lohnkämpfen gelingt, eine merkliche Erhöhung der Reallöhne durchzusetzen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Die Stahlindustrie
- 1.4 Die Bauwirtschaft
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerngewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitszeit

4 Zusammenfassung

Statistische Begriffe
und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

Die Entwicklung des Sozialprodukts verlief im ersten Halbjahr 1974 langsam. Das reale Bruttosozialprodukt stagnierte im ersten Quartal 1974. Für das gesamte erste Halbjahr wird mit einem realen Wachstum von einem Prozent gerechnet. Die Hauptursache für diese langsame Entwicklung ist die zurückgebliebene inländische Nachfrage.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Vorausschätzung)

	In Preisen von 1962	In jeweiligen Preisen
1973, 1. Hj.	+ 6,1	+ 12,5
1973, 2. Hj.	+ 4,5	+ 10,9
1974, 1. Hj.	+ 1,0	+ 7,0
1974, 2. Hj.	+ 1,5	+ 10,0

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 7/74, S. 31)

Für das ganze Jahr 1974 rechnet das Ifo-Institut mit einem realen Wachstum von 1,5 Prozent. Es geht dabei von der Annahme einer leichten Wachstumsbeschleunigung in zweiten Halbjahr aus, wobei es sich lediglich auf die erwartete verbesserte Gewinnsituation stützt.

Verwendung des Bruttosozialprodukts; Zunahme in Prozent gegenüber dem Vorjahr in Preisen von 1962 (Vorausschätzung)

	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Aus-rüstungen	Bauten	Aus-fuhr	Ein-fuhr
1973, 1. Hj.	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,5	+ 2,2	+ 18,2	+ 12,4
1973, 2. Hj.	+ 2,3	+ 5,1	+ 0,1	- 3,1	+ 14,8	+ 7,8
1974, 1. Hj.	- 1,5	+ 3,5	- 6,5	- 4,5	+ 14,5	+ 1,0
1974, 2. Hj.	0,0	+ 3,0	- 5,5	- 3,5	+ 11,5	+ 3,0

In jeweiligen Preisen

	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Aus-rüstungen	Bauten	Aus-fuhr	Ein-fuhr
1973, 1. Hj.	+ 11,3	+ 14,1	+ 5,2	+ 8,7	+ 19,3	+ 14,5
1973, 2. Hj.	+ 9,8	+ 16,7	+ 3,7	+ 3,4	+ 18,7	+ 15,1
1974, 1. Hj.	+ 6,0	+ 15,0	+ 1,0	+ 2,5	+ 28,0	+ 23,5
1974, 2. Hj.	+ 7,5	+ 15,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 25,5	+ 18,0

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, a.a.O., S. 31)

Nach dieser Vorausschätzung wird der Export die tragende Kraft der Konjunktur bleiben. Einer auf längere Sicht zu erwartenden Abschwächung der Ausfuhrzuwächse steht jedoch gegenwärtig noch keine Belebung der inländischen Nachfrage gegenüber, so daß die Aussichten für das zweite Halbjahr als äußerst ungewiß gelten müssen.

Stärker denn je wird die Konjunktur von der inländischen Massennachfrage abhängen. Diese Tatsache müßte in den kommenden Lohnverhandlungen Anlaß sein, merkliche reale Einkommensverbesserungen durchzusetzen.

Es wäre verfehlt, in erster Linie von einer Lockerung der monetären Restriktionspolitik der Bundesregierung und der Bundesbank eine entscheidende Konjunkturbelebung zu erwarten. Die Veränderung der Geldmenge war schon in der Vergangenheit in erster Linie von den Unternehmen zu einer Steigerung von Preisen und Profiten ausgenutzt worden, ohne daß ein entsprechendes reales Wachstum damit verbunden gewesen wäre. Trotz Restriktionspolitik war das Geldvolumen im weiteren Sinne im Mai 1974 um 8,9 Prozent größer als im Vorjahr — bei einem stagnierenden realen Bruttosozialprodukt (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1974, S. 9).

In einer monopolistisch strukturierten Wirtschaft führt ein erweiterter monetärer Spielraum keineswegs notwendig auch zu einer verstärkten wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen. Angesichts der stagnierenden oder sogar rückläufigen Inlandsnachfrage muß befürchtet werden, daß eine auf den

monetären Bereich konzentrierte expansive Konjunkturpolitik allein die Preise und die Profite der besonders marktstarken Unternehmen erhöht, während das reale Wachstum weiter schwach bleibt. Zudem erweist sich eine mit globalen Größen wie der Geldmenge arbeitende Konjunkturpolitik angesichts der äußerst differenzierten Konjunkturlage als besonders ungeeignet, wie schon die unterschiedlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Restriktionspolitik in den einzelnen Branchen zeigen.

1.2 Produktion

Die Industrieproduktion ist im Verlauf des ersten Halbjahres 1974 nur langsam angestiegen. Zeitweilig hat sie sogar stagniert. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedenfalls eine Abschwächung der Wachstumsraten festzustellen.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent (real)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Industrie insges.	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,9	- 0,3	+ 0,1	+ 3,1
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	+ 4,2	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,0	+ 3,3
Investitionsgüterindustrie	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,3	- 1,2	+ 0,1	+ 4,6
Verbrauchsgüterindustrie (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie)	- 4,3	- 5,4	- 0,9	- 4,5	- 4,4	- 0,9

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1974, S. 65; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 8. 74)

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1974 hat sich keine Veränderung in Tendenz oder Zusammensetzung des Wachstums der industriellen Nettoproduktion abgezeichnet. Die Schwäche der Verbrauchsgüterindustrien bleibt Kennzeichen der Gesamtproduktion.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent (real)

	Februar	März	April	Mai
Industrie insgesamt	+ 1,0	+ 1,9	- 0,3	+ 0,1
Bauindustrie	+ 6,4	+ 2,3	- 4,8	- 10,0
Kohlenbergbau	- 5,3	- 1,7	- 4,8	- 2,0
Eisenschaffende	+ 12,0	+ 14,8	+ 10,3	+ 7,7
Chemische Industrie	+ 5,8	+ 3,8	+ 6,2	+ 6,0
Maschinenbau	+ 3,8	+ 6,6	+ 3,1	+ 3,5
Straßenfahrzeugbau	- 11,9	- 11,7	- 11,6	- 11,6
Elektrotechnische Industrie	+ 10,2	+ 2,2	+ 1,3	+ 5,9
Schuhindustrie	- 17,3	- 13,5	- 11,8	- 8,5
Textilindustrie	- 9,1	- 4,9	- 8,0	- 6,7
Bekleidungsindustrie	- 19,5	- 12,6	- 14,3	- 13,9
Ernährungsindustrie	+ 3,8	+ 4,3	+ 1,9	+ 0,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/74, S. 408* f und 6/74, S. 329* f)

Der Zusammenhang zwischen der besonderen Schwäche einiger Industriezweige und der Massennachfrage wird an der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze deutlich. Sie waren — ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen — teilweise erheblich rückläufig.

Veränderung der Einzelhandelsumsätze 1974 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat in Prozent

	In jeweiligen Preisen	Preisbereinigt
Januar	+ 6,8	+ 0,3
Februar	+ 1,4	- 5,0
März	+ 1,4	- 5,0
April	+ 7,3	+ 0,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1974, S. 67*)

Für das gesamte erste Halbjahr wird zwar noch ein nominaler Umsatzzuwachs von 4 Prozent angenommen. Real jedoch wurde etwa 3 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 1973 verkauft (Kölner Stadtanzeiger v. 7. 8. 74). Für den Monat Juni nimmt das Ifo-Institut sogar einen Rückgang um fast ein Zehntel gegenüber Juni 1973 an (Handelsblatt v. 9./10. 8. 74).

Die sich erweiternde Kluft zwischen inländischer Massennachfrage und dem Export hat die Abhängigkeit der Konjunktur der Bundesrepublik von Entwicklungen im Außenhandel in einem bisher nicht gekannten Ausmaß vergrößert.

Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz in Prozent

	1972	1973	Mai 1974
Industrie insgesamt	20,1	21,5	24,3
Eisenschaffende	27,9	28,8	33,9
Industrie	37,3	39,4	43,5
Maschinenbau	41,3	43,8	44,2
Straßenfahrzeugbau	21,6	22,9	26,2
Elektrotechnische Industrie	32,0	33,8	36,2
Chemische Industrie	13,7	15,9	17,8
Textilindustrie			

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/74, S. 405*)

Selbst verbrauchsnahe Industriezweige wie der Straßenfahrzeugbau und die Textilindustrie, die erheblich von der schwachen Kaufkraft der inländischen Nachfrager betroffen sind, konnten im Außenhandel erheblich besser abschneiden. Die Einbrüche wären also noch weit stärker gewesen, wenn das „Ventil“ Export nicht gewesen wäre.

Die Auftragseingänge sind ein wichtiger Indikator der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Ihre Entwicklung in den ersten fünf Monaten des Jahres 1974 läßt keine grundlegende Tendenz erkennen, wenn auch gegenüber dem letzten Quartal 1973 eine leichte Belebung festzustellen ist. Es bleibt eine anhaltende Schwäche der Verbrauchsgüterindustrien, nur die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien verzeichnen einen deutlichen Zuwachs.

Industrielle Auftragseingänge

	Industr. insges.	Grundstoff-Industrien	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
Februar	+ 10,7	+ 23,1	+ 9,4	- 5,8
März	+ 11,7	+ 21,4	+ 11,2	- 0,7
April	+ 16,5	+ 34,4	+ 8,6	+ 8,0
Mai	+ 3,5	+ 22,5	- 7,9	+ 2,3
Juni	+ 8,2	+ 25,5	+ 1,4	- 5,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1974, S. 66*; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 8. 74)

Die Aussagekraft der Tabelle wird durch die Tatsache eingeschränkt, daß es sich hierbei um nicht preisbereinigte Werte handelt. Die recht unterschiedliche Preisentwicklung ist also in den Daten enthalten und verzerrt diese.

So lag der Preisindex der industriellen Erzeugerpreise im Mai 1974 für Grundstoffe um 22,3 Prozent über dem Vorjahresstand. Bei den Investitionsgütern waren es 8,5 Prozent, bei den Verbrauchsgütern 10,3 Prozent (FAZ v. 17. 7. 74). Der Auftragszuwachs des Monat Mai in den Grundstoffindustrien von 22,5 Prozent bedeutet also real stagnierende Auftragseingänge. Sogar eine rückläufige Auftragsentwicklung ist möglich, da die Bewertung der neuen Aufträge zukünftige Preissteigerungen mit einbezieht.

Die Auftragsbestände waren in ausgewählten Verbrauchsgüterindustrien jedoch auch nominal im Mai 1974 um 8,6 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. In den Investitionsgüterindustrien lagen sie um 4,8 Prozent über dem Vorjahresstand, dürften sich also real ebenfalls verringert haben. Dagegen lagen sie in ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie um 39,2 Prozent höher als im Vorjahr. Einen Rekordzuwachs erzielten dabei die Stahl- und

Warmwalzwerke, deren Auftragsbestand im Mai um 58 Prozent über dem gleichen Monat des Vorjahres lag (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/74, S. 407*).

Die Differenzierung der Auftragseingänge nach der Herkunft zeigt eine kaum verminderte Kluft zwischen Inlands- und Auslandsaufträgen an.

Industrielle Auftragseingänge aus dem Inland

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Industr. insges.	Grundstoff-Industrien	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
Februar	+ 3,7	+ 14,6	+ 2,1	- 8,7
März	+ 5,8	+ 11,5	+ 7,0	- 3,4
April	+ 9,1	+ 24,3	- 1,6	+ 6,7
Mai	- 2,2	+ 16,0	- 17,6	+ 3,3
Juni	+ 2,2	+ 15,1	- 4,5	- 6,3

Industrielle Auftragseingänge aus dem Ausland

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Industr. insges.	Grundstoff-Industrien	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
Februar	+ 30,0	+ 47,9	+ 24,7	+ 13,1
März	+ 26,5	+ 52,6	+ 18,0	+ 18,1
April	+ 35,5	+ 64,7	+ 26,5	+ 16,4
Mai	+ 18,1	+ 41,9	+ 11,6	- 3,2
Juni	+ 22,6	+ 56,7	+ 11,7	- 0,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1974, S. 66*; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 8. 74 und v. 6. 8. 74)

Als Tendenz ist erkennbar, daß sich die ausländischen Auftragseingänge in den Verbrauchsgüterindustrien in ihrer Zunahme leicht abschwächen, während insbesondere bei den Grundstoffindustrien die Kluft zwischen ausländischer und inländischer Nachfrage weiter wächst. Die Uneinheitlichkeit der Lage der verschiedenen Industriezweige dürfte infolgedessen in den kommenden Monaten noch größer werden.

Allerdings muß auch hier die verzerrende Wirkung der differenzierten Preisbewegungen in Rechnung gestellt werden. So lag der Index der Ausfuhrpreise im Juni 1974 um 17,7 Prozent über dem Vorjahresstand und übertraf damit die Preissteigerungen der industriellen Erzeugerpreise (FAZ v. 12. 8. 74). An der Grundaussage ändert das jedoch nichts. Die relativ hohen Auslandspreise stellen für die Unternehmen vielmehr noch einen zusätzlichen Anreiz für eine weitere Exportorientierung dar, da sie eine höhere Gewinnspanne als im Inlandsgeschäft erwarten lassen.

1.3 Die Stahlindustrie

Die Stahlindustrie befindet sich weltweit seit Herbst 1972 in einer Boomphase. Dieser Weltstahlboom wird nach Voraussagen des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts mindestens noch ein weiteres halbes Jahr unvermindert anhalten (HB v. 2. 7. 74). Von dieser weltweiten Entwicklung profitieren die westdeutschen Stahlkonzerne in besonders hohem Ausmaß. Die Rohstahlerzeugung in der Bundesrepublik stieg von 43,7 Mill. Tonnen 1972 auf 49,5 Mill. Tonnen 1973 (Neue Zürcher Zeitung v. 2. 3. 74) und wird 1974 voraussichtlich die Höhe von 52 bis 53 Mill. Tonnen erreichen (HB v. 30. 7. 74).

Roh- und Walzstahlerzeugung der Bundesrepublik 1974

	Stahlrohblöcke und -brammen in 1000 t	Zuwachs geg. Vorjahresmon. in %	Walzstahl	Zuwachs geg. Vorjahresmon. in %
Februar	4162	+ 12,1	3210	+ 11,0
März	4689	+ 9,0	3592	+ 11,8
April	4124	+ 7,0	3255	+ 17,5
Mai	4506	+ 8,0	3501	+ 8,5
Juni*	4165	+ 9,9	—	—

* Vorläufiges Ergebnis lt. FAZ v. 5. 7. 74
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/74, S. 332* und 7/74, S. 411*)

Die außergewöhnlich gute Situation der Stahlindustrie ist in erster Linie auf die günstige Exportsituation zurückzuführen. Allerdings konnten die Stahlunternehmen trotz stagnierenden Verbrauchs auch im Inland ihren Absatz ausweiten. Die Ursache dafür ist der von 35 Prozent im Jahresdurchschnitt 1972 auf heute etwa 24 Prozent gesunkene Importanteil an der Inlandsversorgung mit Walzstahlfertigerzeugnissen (Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Mai 1974, S. 29).

Gegenwärtig gehen 40 Prozent des Stahlabsatzes direkt ins Ausland. Bezieht man den indirekten Stahllexport — d. h. in Form von Fertigprodukten — in die Betrachtung ein, dann wird nur jede vierte Tonne Stahl — so wird geschätzt — im Inland verbraucht (Handelsblatt v. 30. 7. 74).

Die Stahlkonjunktur ist jedoch weitaus stärker eine Preiskonjunktur als eine Mengenkonzunktur. Allein in diesem Jahr hat die Stahlindustrie die Preise bereits zweimal hinaufgesetzt und liegt in der Steigerungsrate weit über dem Durchschnitt.

Steigerung der Eisen- und Stahlpreise 1974 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat in Prozent

	Erzeugerpreise	Ausfuhrpreise
März	+ 18,6	+ 36,0
April	+ 21,9	+ 35,6
Mai	+ 24,4	+ 34,2
Juni	+ 21,4	—

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/74, S. 359* u. 375* u. 7/74, S. 439* u. 451*)

Die erheblichen Umsatzzuwächse werden zudem bei stagnierenden bzw. sogar leicht rückläufigen Belegschaftszahlen erzielt. Die gesamte eisenverarbeitende Industrie beschäftigte im Mai 1974 314 900 Arbeiter und Angestellte. 1970 arbeiteten noch 334 600 Beschäftigte in diesem Sektor.

Der Grad der Rationalisierung und des technischen Wandels wird deutlich an der Veränderung der Herstellungsverfahren.

Anteile der Herstellungsverfahren an der Stahlproduktion in Prozent

	1960	1973	1974, 1. Vj.
Thomas-Stahl	43,8	8,1	3,1
Siemens-Martin-Stahl	47,3	26,3	17,2
Oxygen-Stahl	2,5	55,8	69,0
Elektro-Stahl	6,4	9,8	10,7
	100	100	100

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung v. 17. 8. 74)

Die günstige Preis- und Absatzlage und die Rationalisierungserfolge haben sich in den großen Stahlkonzernen in deutlichen Ergebnisverbesserungen niedergeschlagen. Der Krupp-Konzern steigerte den ausgewiesenen Jahresüberschuß 1973 von 13 auf 83 Mill. DM (HB v. 14./15. 6. 74). Für das laufende Jahr spricht die Klöckner AG von „erfreulichen“ Ergebnissen (HB v. 9./10. 8. 74), während das Stahlhandelshaus Klöckner & Co seinen Jahresüberschuß 1973 von 32 auf 40 Mill. DM erhöhen konnte. Der deutsch-niederländische Stahlkonzern Estel N. V. Hoesch-Hoogovens konnte seinen Reingewinn im ersten Halbjahr 1974 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 41,4 auf 163,1 Mill. hfl vervierfachen (HB v. 15. 8. 74).

Die bundeseigene Salzgitter AG steigerte die Rohstahlproduktion im ersten Halbjahr 1974 um 10,4 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1973 (HB v. 9./10. 8. 74). Die Mannesmann AG konnte die Rohstahlproduktion im gleichen Zeitraum sogar um 11 Prozent steigern und spricht für das erste Quartal 1974 von einer „verbesserten Ertragslage“ (Rohrpost, Aktionärszeitung, 55./August 74, S. 5).

1.4 Die Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft gehört zu den Wirtschaftszweigen, die am stärksten unter der konjunkturellen Schwäche zu leiden haben.

Entwicklung von Produktion und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat in Prozent

	Bauproduktion insgesamt	Hochbau	Auftragseingang insgesamt	Hochbau
Februar	+ 4,2	— 3,5	— 18,6	— 17,9
März	0,0	— 8,3	— 26,1	— 31,8
April	— 6,8	— 14,8	+ 0,2	— 0,3
Mai	— 11,6	— 17,2	— 15,8	— 25,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/74, S. 334* f und 7/74, S. 414* f)

Der Vergleich von Produktion und Auftragseingängen zeigt, daß der Tiefpunkt in der Bauwirtschaft noch nicht erreicht ist. Der Auftragsbestand lag im März 1974 im Bauhauptgewerbe um 21,6 Prozent unter dem gleichen Vorjahresstand, bei den Hochbauten betrug der Rückstand sogar 30,0 Prozent (ebd.).

Der reale Rückgang ist noch größer, da die Baupreise ungeachtet der schlechten Auftragslage weiter steigen. Im Mai 1974 lag der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude um 7,5 Prozent über dem Stand von Mai 1973 (ebd. S. 441*).

Die Tabelle zeigt aber auch, daß der Hochbau überdurchschnittlich beteiligt ist an den Schwierigkeiten der Bauwirtschaft. Ursache ist vor allem der Rückgang im Wohnungsbau. Im Zeitraum Januar–April 1974 wurden mit 94 984 Wohnungen noch 7,7 Prozent mehr fertiggestellt als im gleichen Zeitraum 1973 (ebd. S. 416*). Dagegen sank im gleichen Zeitabschnitt die Zahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben von 225 995 auf 130 440 (ebd.), d. h. um 42,2 Prozent.

Obwohl die Krise erst an ihrem Anfang steht, hat sich die Beschäftigung bereits stark verringert. Im Mai 1974 arbeiteten 1 366 000 Beschäftigte im Baugewerbe, 11,8 Prozent weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag sogar um 17,0 Prozent niedriger (Neue Zürcher Zeitung v. 8. 7. 74). Rund 170 000 Bauarbeiter mußten ausscheiden. Etwa 44 000 Bauarbeiter waren im Juli arbeitslos, 7000 arbeiteten kurz (HB v. 19. 7. 74).

Die Auslastung der Baukapazitäten hat einen Tiefpunkt erreicht. Mit 58 Prozent war die Kapazitätsauslastung noch geringer als im Krisenjahr 1967 (Ifo-Schnelldienst, 22/74, S. 21).

In der vorwiegend mittelständisch organisierten Bauwirtschaft häufen sich die Firmenzusammenbrüche. Allein im ersten Quartal 1974 lag die Zahl der Bauinsolvenzen mit 247 bereits doppelt so hoch wie im ersten Quartal 1973 (FAZ v. 18. 7. 74). Dabei bleibt die Krise nicht auf die unmittelbare Bauwirtschaft lokalisiert. So berichtet die Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen für den Zeitraum Januar bis Mai 1974 von einem Umsatzrückgang um 15 bis 20 Prozent (FAZ v. 16. 7. 74).

Als Erklärung dieses krassen Einbruchs bietet sich vordergründig die Hochzinspolitik der Bundesregierung an. Das Beispiel der Bauwirtschaft zeigt, wie wenig geeignet solche globalen konjunkturpolitischen Maßnahmen sind. Denn während ausgesprochen preistreibende Branchen wie die Stahlindustrie von der Restriktionspolitik unberührt bleiben, werden überwiegend mittelständisch organisierte Branchen wie die Bauwirtschaft besonders hart getroffen.

Die Bundesregierung hält der nach staatlichen Hilfen rufenden Bauwirtschaft das Argument entgegen, es handele sich um ein strukturelles Problem. Die Bauwirtschaft müsse ihre Kapazitäten an den langfristigen Baubedarf, d. h. vor allem an den Bedarf an Wohnungen, anpassen. Tatsächlich stehen in der Bundesrepublik inzwischen nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 200 000 und 375 000 Wohnungen der oberen Preisklassen leer (Neue Zürcher Zeitung v. 8. 7. 74). Das dient der Bundesregierung als Hinweis dafür, daß der jährliche Neu-

baubedarf nur noch zwischen 450 000 und 500 000 Wohnungen liegt, der Nachholbedarf also weitgehend gedeckt sei (FAZ v. 29. 7. 74).

Tatsächlich aber ist die Existenz dieser „Wohnungshalden“ lediglich Folge des „marktwirtschaftlichen“ Systems in der Wohnungswirtschaft.

Denn von einer Deckung des Wohnungsbedarfs kann auch heute noch keine Rede sein. So lebten 1971 allein in Nordrhein-Westfalen über 180 000 Obdachlose (Der Spiegel v. 7. 7. 71). Gegenüber der letzten offiziellen Zählung von 1968, bei der im gesamten Bundesgebiet 800 000 obdachlose Familien gezählt wurden (Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/1497, Bonn, 1970, S. 29), dürfte sich die Gesamtzahl damit kaum vermindert haben. 15 Prozent aller Wohnungen, 1 796 000 insgesamt, verfügen über kein WC in der Wohnung bzw. über überhaupt kein WC (Ergebnis der Wohnungsstichprobe 1972, Wirtschaft und Statistik, 7/74, S. 508). Auch das DIW stellt in seinem jüngsten Bericht weiterhin einen Mangel an Sozialwohnungen fest (zit. in: Deutsche Volkszeitung v. 11. 7. 74). Die „Marktwirtschaft“ im Wohnungsbau hat also — erwartungsgemäß — dazu geführt, daß die besonders profitträchtigen Sparten, insbesondere der Bau teurer Eigentumswohnungen, sich überproportional entwickelt haben. Der nicht so profitable Bereich des Wohnungsbaus für den Massenbedarf bleibt weiter unterentwickelt. Bezeichnend ist der Ruf der Bauwirtschaft nach Staatshilfe, der immer dann ertönt, wenn die privaten Unternehmen sich verspekuliert haben. Bezeichnend ist jedoch auch die Haltung der Bundesregierung, die nach wie vor auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ vertraut, eines „Marktes“, der die strukturellen Probleme doch erst erzeugt hat.

Die „Anpassungsprozesse“ vollziehen sich inzwischen auf dem Rücken der Wohnungssuchenden, die zu angemessenen Preisen keine Wohnung finden können, und auf dem Rücken der Bauarbeiter, die trotz Wohnungsbedarf keine Arbeit finden können.

Leerstehende Wohnungen, Obdachlose und Wohnungssuchende, unausgelastete Baukapazitäten und arbeitslose Bauarbeiter: Nur ein kapitalistisches System kann so etwas gleichzeitig hervorbringen.

1.5 Investitionen

Nachdem am Ende des Jahres 1973 von der Bundesregierung einige stabilisierungspolitische Maßnahmen aufgehoben worden waren, die sich insbesondere gegen die Investitionstätigkeit gerichtet hatten, wurde zunächst eine konjunkturelle Besserung des Investitionsklimas erwartet. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht bestätigt. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen auch im ersten Halbjahr 1974 weiter zurück.

Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1962
1973 1. Hj.	+ 5,2	+ 3,6
1973 2. Hj.	+ 3,7	+ 0,1
1974 1. Hj.	+ 1,0	— 6,5
1974 2. Hj.	+ 3,5	— 5,5

* Schätzung des Ifo-Instituts
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 7/74, S. 31)

Die Schwäche des für die konjunkturelle Entwicklung entscheidenden Faktors der Investitionstätigkeit macht deutlich, daß mit einer raschen konjunkturellen Belebung nicht zu rechnen ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erachtet einen realen Investitionszuwachs von 7,5 Prozent als notwendige Voraussetzung, wenn für die kommenden Jahre ein reales Wirtschaftswachstum um 4 Prozent erreicht werden soll. Tatsächlich jedoch nahm nach Berechnungen des

unternehmernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) der Anteil der privaten Investitionen an der Gesamtnachfrage zwischen 1965 und 1973 von 20,3 auf 17,9 Prozent ab. Nach der gleichen Berechnung gingen auch die öffentlichen Investitionen relativ zurück. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt sank im gleichen Zeitraum von 8,0 auf 6,8 Prozent. Dabei haben vor allem die Gemeindehaushalte die größten Einbußen zu verzeichnen (HB v. 16./17. 8. 74).

Dem entspricht auch das Ergebnis einer Untersuchung der Struktur der öffentlichen Ausgaben im Sachverständigengutachten 1973. Demnach hätten die öffentlichen Investitionsausgaben 1972 um 1,5 Mrd. DM höher sein müssen, wenn ihr Anteil dem von 1966 entsprochen hätte (Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1973, S. 91).

Der niedrige Auslastungsgrad der Kapazitäten läßt eine Zunahme der Investitionstätigkeit nicht erwarten. Im April lag er mit 83 Prozent der betriebsüblichen Vollaustattung — also nicht der technischen Vollaustattung — um 4,5 Prozent unter dem Vorjahresstand. Inzwischen, so schätzt das Ifo-Institut, dürfte er weiter auf 82 Prozent gesunken sein.

Die Spanne der Auslastung in den verschiedenen Industrien ist jedoch sehr groß. Im Hochbau lag sie bei 54 Prozent (Geräte), in der papiererzeugenden Industrie bei 98 Prozent (Wirtschaftskonjunktur, 7/74, S. 24.) Insgesamt jedoch, so der letzte Ifo-Konjunkturtest, ist die Tendenz der Investitionsplanung in der Industrie weiter nach unten gerichtet (ebd. S. VI).

1.6 Außenwirtschaft

Die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das als allgemein besorgniserregend betrachtet wird. „Wenn die Bundesrepublik im Interesse der Aufrechterhaltung eines freien Welthandels dies (d. h. Importrestriktionen der Handelspartner, J.G.) vermeiden will, so muß sie ihrerseits um einen Abbau des Überschusses bemüht sein“ (Wirtschaftskonjunktur, 7/74, S. 29). Trotz dieser Erkenntnisse hat sich der Ausfuhrüberschuß weiter erhöht.

Außenhandel der BRD

	Import in Mrd.	Export in Mrd.	Saldo in Mrd.	Saldo in % geg. Vorjahr
1973, 1. Vj.	35 854	41 741	5 887	+ 30,5
1973, 2. Vj.	36 673	43 628	6 955	+ 77,2
1973, 3. Vj.	33 511	43 442	9 931	+ 116,2
1973, 4. Vj.	39 379	49 585	10 206	+ 40,8
1974, 1. Vj.	41 390	54 665	13 275	+ 125,5
1974, 2. Vj.	45 173	57 142	11 969	+ 72,0
1974, Juni	14 335	16 845	2 510	+ 55,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1974, S. 71* und August 1974, S. 70* f)

Trotz einer leichten Abschwächung im Mai 1974 ist insgesamt keine Tendenzwende in der Entwicklung des Außenhandels zu erkennen. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die Konjunktur in den Partnerländern sich abschwächt. In den USA, Japan und Großbritannien kann von einer Rezession gesprochen werden (HB v. 13. 8. 74). Auch in Frankreich und Italien wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Neue Zürcher Zeitung v. 29. 6. 74). Die OECD hat für ihren Wirtschaftsraum im ersten Halbjahr 1974 einen Produktionsrückgang um 1,5 Prozent festgestellt. Auch für die Zukunft wird mit einer konjunkturellen Abkühlung gerechnet. (Wirtschaftsperspektiven der OECD, zit. in Neue Zürcher Zeitung v. 25. 7. 74.)

Insofern haben die Befürchtungen, die Auftriebenden, die vom Außenhandel ausgehen, könnten in Zukunft nachlassen, eine gewisse Berechtigung. Das Dilemma besteht darin, daß auf der einen Seite eine Verringerung des Exportüberschusses vom Standpunkt des internationalen Handels

als erwünscht angesehen werden muß. Auf der anderen Seite jedoch würde eine solche Verringerung angesichts der rückläufigen Inlandskonjunktur die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik ernsthaft gefährden.

Die differenzierte Preisentwicklung verbirgt, daß die reale Auseinanderentwicklung von Aus- und Einfuhr tatsächlich noch größer ist, als es die Nominalwerte zeigen.

Preisveränderungen im Außenhandel gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Durchschnittswerte	Einfuhr Einkaufspreise f. Auslandsgüter	Durchschnittswerte	Ausfuhr Verkaufspreise f. Auslandsgüter
1973, 1. Vj.	+ 3,6	+ 11,8	- 0,1	+ 5,7
1973, 2. Vj.	+ 4,4	+ 16,2	+ 1,1	+ 7,3
1973, 3. Vj.	+ 2,5	+ 16,9	+ 0,5	+ 7,6
1973, 4. Vj.	+ 8,7	+ 23,0	+ 4,4	+ 9,5
1974, 1. Vj.	+ 22,7	+ 34,4	+ 10,7	+ 14,6
1974, April	+ 23,3	+ 31,1	+ 13,6	+ 16,8

(Quelle: Ifo-Schnelldienst 20/74, S. 16)

Die Einfuhrpreise steigen in der jüngsten Vergangenheit wieder etwas langsamer an. Die Hauptursache dafür ist die Preisberuhigung auf den Rohstoffmärkten. Der Reuter-Index der Weltmarktpreise wichtiger Rohstoffe ist z. B. von Ende April 1974 zu Ende Juni (18. 9. 1931 = 100) von 1405,4 auf 125,4 Punkte, also um 11,4 Prozent gefallen (Neue Zürcher Zeitung v. 4. 7. 74). Infolgedessen ist auch für die Bundesrepublik in der nächsten Zeit wieder eine leichte Verbesserung der Terms-of-Trade, d. h. der realen Austauschrelation zwischen Ein- und Ausfuhr, zu erwarten. Dadurch dürfte die Außenhandelsposition der BRD noch leicht verbessert werden.

2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Anfang 1974 hatte die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute für das laufende Jahr eine Verlangsamung des Anstiegs der Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen vorausgesagt. Laut Schätzung des Ifo-Instituts ist im ersten Halbjahr 1974 ein Rückgang der Unternehmerrereinkommen eingetreten.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1973, 1. HJ.	1973, 2. HJ.	1974, 1. HJ.	1974, 2. HJ.
Bruttoeinkommen	+ 13,1	+ 6,5	- 2,0	+ 7,5
Nettoeinkommen	+ 9,1	+ 1,9	- 5,0	+ 10,5

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/74, S. 31)

Gerade angesichts der immer differenzierter werdenden Konjunkturlage ist die Aussagekraft der Globalzahl „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ besonders gering zu bewerten. Der sich auf den erwarteten Anstieg der Unternehmerrgewinne stützende relative Konjunkturoptimismus des Ifo-Instituts muß daher mit Einschränkungen versehen werden. Denn ein Anstieg der Gewinne in den großen Konzernen muß noch keineswegs eine Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit nach sich ziehen.

Da jedoch die Statistik bisher noch keine Systematik veröffentlicht, die die tatsächliche Profitentwicklung bei den verschiedenen Unternehmenskategorien aufdeckt, soll hilfsweise die Ertragslage in einigen großen Konzernen der BRD aufgezeigt werden.

Die Berliner Handelsgesellschaft — Frankfurter Bank (BHF-Bank) projiziert für die meisten Wirtschaftssektoren eine günstige Ertragsentwicklung (zitiert in: UZ v. 31. 7. 74).

	Gewinne pro Aktie		Gewinnsteigerung
	1973	1974	
BASF	22,50 DM	27,50 DM	+ 22,2 %
Hoechst	20,00 DM	24,00 DM	+ 20,0 %
Bayer	16,00 DM	18,50 DM	+ 15,6 %
Metallgesellschaft	6,00 DM	12,00 DM	+ 100,0 %
Thyssen	11,50 DM	15,00 DM	+ 30,4 %
Mannesmann	19,00 DM	24,00 DM	+ 26,3 %
Siemens	26,30 DM	29,00 DM	+ 10,3 %
Horten	10,50 DM	12,00 DM	+ 14,3 %
Neckermann	8,00 DM	9,00 DM	+ 12,5 %
Karstadt	24,00 DM	26,00 DM	+ 8,3 %

Auch die Jahresabschlüsse großer Konzerne für das vergangene Jahr und die Ergebnisse im ersten Halbjahr 1974 zeigen, daß sich die Gewinnsituation fast durchweg erheblich verbessert hat.

Ausgewiesene Jahresüberschüsse in Mill. DM

	1972	1973	Anstieg in %
VEW	87	94	+ 8,1
Gelsenberg	22	96	+ 336,2
Daimler-Benz	275	277	+ 0,7
Demag	24	27	+ 13,1
SEL	110,8	135,7	+ 22,5
Girmes	14	10	- 28,6
Ford AG	158	253	+ 60,2
Bosch	57	70	+ 22,8
Messerschmitt (MBB)	0,0	7,3	0,0
Flick-Konzern			
(Bruttoergebnis)	421	491	+ 16,6

(Quelle: Veröffentlichte Jahresabschlüsse)

Die ausgewiesenen Jahresüberschüsse sind sicher in hohem Maße das Ergebnis von Bilanzmanipulationen. Trotzdem können sie als Anhaltspunkt dienen. Interessant ist, daß auch Konzerne aus ausgesprochen schwachen Branchen noch gute Ergebnisse erwirtschaftet haben und noch erwirtschaften. So hat z. B. Ford trotz Kurzarbeit und Belegschaftsabbau 1973 außergewöhnlich gut verdient und hofft 1974, so Finanzvorstand Bohr, „einigermaßen über die Runden zu kommen“ (zit. in: HB v. 18. 7. 74).

Fast noch erstaunlicher ist die Entwicklung des Girmes-Konzerns, eines der größten Textilkonzerne der BRD. Denn selbst der ausgewiesene Rückschritt ist nach eigenem Eingeständnis „nur optisch“. Aufsichtsratsvorsitzender Selbach jedenfalls hält den Jahresabschluß 1973 für die „beste Bilanz, die es je gab“. Auch das Ergebnis der ersten 5 Monate 1974 ist „zufriedenstellend“ (zit. in: HB v. 9. 7. 74).

Das Ergebnis des ersten Halbjahres der Daimler-Benz AG war für die „freien“ Aktionäre der Gesellschaft sogar Anlaß, eine höhere Dividende zu fordern (HB v. 18. 7. 74).

Auch die übrigen aufgeführten Konzerne beurteilen das laufende Jahr gut. Die Oetker-Gruppe, die sich über die Gewinnhöhe auszuschweigen pflegt, hofft 1974 wieder auf ein „ordentliches Ergebnis“ (zit. in: HB v. 16./17. 8. 74). Berücksichtigt man zudem noch die in den Informationen 2/74 aufgeführten Ergebnisse der Chemiekonzerne, die sich 1974 weiter verbessert haben, und die im Abschnitt 1.4 genannten Daten für die Stahlindustrie, dann kann zusammenfassend festgestellt werden, daß sich die unsichere konjunkturelle Lage mit wenigen Ausnahmen nicht negativ auf die Gewinnlage der großen Unternehmen ausgewirkt hat.

Nach einer Zusammenstellung des amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Fortune“ haben die 300 größten außeramerikanischen Gesellschaften 1973 ihre Gewinne um 91 Prozent gesteigert. Auch für die 41 dazugehörenden westdeutschen Unternehmen gilt das, wenn auch, wie die FAZ meint „mit Einschränkungen“. Die Umsatzzuwächse bewegen sich in dieser Gruppe der „Großen“ der BRD zwischen 45,2 Prozent in der papierverarbeitenden und 32,7 Prozent in der Textilindustrie. Die 8 Unternehmen der BRD, die zu den 50 größten Konzernen der Welt gehören (VW, Hoechst, Daimler-Benz, Siemens,

BASF, Bayer, Thyssen, AEG) erzielten nach der gleichen Aufstellung einen Gewinn in Höhe von 959,1 Mrd. Dollar, also etwa 2,5 Mrd. DM.

2.2 Konzentration

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat in ihrem Bericht über die Wettbewerbspolitik auf die „alarmierende Zunahme des Konzentrationsgrades“ hingewiesen (zit. in: Neue Zürcher Zeitung v. 31. 5. 74).

Diese Feststellung gilt auch für die BRD. Nach dem inzwischen veröffentlichten Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamtes haben sich die Unternehmenszusammenschlüsse wie folgt entwickelt:

Angezeigte Unternehmenszusammenschlüsse

Jahr	Zusammenschlüsse insgesamt	darunter	
		„große“ Zusammenschlüsse (insgesamt)	Neugründungen
1966	43	12	4
1967	65	20	5
1968	65	16	5
1969	168	61	18
1970	305	95	49
1971	220	69	32
1972	269	75	64
1973	242		

(Quelle: Tätigkeitsbericht 1973 des Bundeskartellamtes, zit. in: HB v. 20. 6. 74)

Neben den meldepflichtigen Zusammenschlüssen haben große Unternehmen — so meint das Bundeskartellamt — verstärkt kleine Unternehmen aufgekauft.

Darüber hinaus hat das Kartellamt erstmals 1050 Märkte erfaßt, auf denen es den Wettbewerb für so weit eingeschränkt hält, daß es praktisch zu „privat administrierten“ Preisen gekommen ist (FAZ v. 12. 8. 74). Diese Märkte würden etwa ein Drittel der gewerblichen Wirtschaft ausmachen. Allerdings bleibt die Aussagekraft dieser rein quantitativen Ermittlung gering, wenn nicht der Charakter der betreffenden Märkte und ihre Bedeutung für die Gesamtwirtschaft genannt wird. Auch wird durch den Konzentrationsprozeß in vertikaler Richtung ein Teil der Märkte vollständig beseitigt und durch konzerninterne Lieferungen ersetzt.

Auch in den letzten Monaten waren wieder einige spektakuläre Unternehmenszusammenschlüsse zu verzeichnen, an denen Unternehmen der Bundesrepublik beteiligt waren. Dazu gehört die Minderheitsbeteiligung der staatlichen iranischen Stahlgesellschaft von 25,04 Prozent an der Fried. Krupp Hüttenwerke AG. Gleichzeitig wurde in Zürich eine gemeinsame Investitionsgesellschaft gegründet (vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 20. 7. 74). Die Beteiligung Persiens betrifft nur den Hüttenwerksbereich, nicht aber die Obergesellschaft Fried. Krupp GmbH. Für den Krupp-Konzern hat diese Beteiligung einen dreifachen Vorteil. Zum einen fließen der Krupp GmbH zusätzliche Mittel zu, ohne daß sie die Kontrolle über die Hüttenwerke aufgeben muß. Zum anderen sind mit der Beteiligung umfangreiche Aufträge verbunden. Zum dritten wird davon gesprochen, daß in Zukunft Halbzeug aus dem Iran bezogen werden wird. Daran wird die Vermutung geknüpft — und vom Vorstandsvorsitzenden der Hüttenwerke Mintrop prompt dementiert — daß auf die Dauer die Halbzeugbasis des Unternehmens ganz in den Iran verlagert würde (FAZ v. 19. 7. 74).

Unklar ist, ob die nur einen Monat nach diesen Ereignissen bekanntgewordene Beteiligung von Krupp an den Stahlwerken Südwestfalen, mit der die Konzentration in der westdeutschen Stahlindustrie nach der Fusion Thyssen-Rhein Stahl weiter vorangetrieben wird, unmittelbare Konsequenz der persischen Beteiligung ist.

Ein weiteres bedeutendes Ereignis ist die Übernahme eines 50-Prozent-Anteils der Photo-Porst KG durch eine bisher noch nicht genannte ausländische Bankengruppe. Dabei wird

vermutet, daß über diesen Umweg eine westdeutsche Gruppe — Horten, Schickedanz und Otto-Versand sind im Gespräch — Einfluß auf das Unternehmen gewinnen will (HB v. 16./17. 8. 74).

Schließlich waren auch im Bankenbereich wichtige Zusammenschlüsse zu verzeichnen. Die beiden größten norddeutschen Regionalbanken fusionierten zur Vereins- und Westbank AG mit einer Bilanzsumme von 5 Mrd. DM. Wenige Tage später wurde der „Banken-Verbund“ Sloman-Hardy-Dresdner Bank bekannt, durch den sich die Dresdner Bank den entscheidenden Einfluß auf die beiden kleineren Privatbanken sicherte (FAZ v. 5. 8. 74).

Konzentrationsprozesse vollziehen sich nicht gleichmäßig und bruchlos. Konzentration und Zentralisation von Kapital ist immer auch von einer Vielzahl von Firmenzusammenbrüchen, Betriebsschließungen, Konkursen begleitet.

Konkurse und Vergleiche

	Insolvenzverfahren	Forderungen in Mrd.	Millionenkonkurse
1972	4 619	1,36	—
1973, 1. HJ.	2 470	1,32	620
1973, 2. HJ.	3 045	ca. 2,28	
1974, 1. HJ.	3 521	2,85	415

(Quellen: FAZ v. 9. 8. 74; HB v. 21. 5., 28. 5., 10. 6. 74)

Die Zahl der Konkurse und Vergleiche lag im ersten Halbjahr 1974 um 42,6 Prozent über dem gleichen Vorjahreszeitraum, die der Millionenkonkurse sogar um 95 Prozent. Betroffen sind in zunehmendem Maße auch größere Betriebe.

Zwei spektakuläre Unternehmenszusammenbrüche seien erwähnt. Dazu gehört die Herstatt Bank, die nicht nur im Kölner Raum zahlreiche Unternehmen in Schwierigkeiten brachte. Bemerkenswert waren bei diesem Bankenzusammenbruch vielmehr die internationalen Auswirkungen. Der Zusammenbruch hat dazu geführt, daß sich der Devisenhandel zunehmend auf die großen Adressen beschränkt und so die kleineren Institute aus einer profitablen Bereich verdrängt werden. Der Zusammenbruch einer weiteren Bank, Bass & Herz, hängt eng mit dem Vergleichsantrag des verschachtelten Schaffgotsch-Konzerns zusammen. Zu dieser Gruppe gehören u. a. die Elektrische Licht- und Kraftanlagen AG, die AG Vulkan, beide Köln, und die E. J. Vogel Drahtwerke AG, Berlin. Eine 50prozentige Tochter der Elkraft, die F. Soennecken GmbH, hatte schon vor einiger Zeit Pleite gemacht (HB v. 13. 8. 74).

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter hat sich seit Beginn des Jahres verlangsamt.

Tarif- und Effektivverdienste 1973/74; Steigerung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Bruttolöhne und -gehälter (Summe)
1973, 1. Vj.	+ 9,4	+ 11,5	+ 12,1
1973, 2. Vj.	+ 10,2	+ 11,7	+ 12,5
1973, 3. Vj.	+ 10,3	+ 11,9	+ 12,5
1973, 4. Vj.	+ 10,4	+ 12,8	+ 13,4
1974, 1. Vj.	+ 11,4	+ 9,4	+ 8,6
1974, 2. Vj.	+ 11,9	—	—
1974, Januar	+ 11,5	—	—
Februar	+ 11,4	—	—
März	+ 11,5	—	—
April	+ 11,7	—	—
Mai	+ 11,9	—	—
Juni	+ 12,2	—	—

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 69*)

Es fällt auf, daß die Tarifverdienste auch 1974 noch mit einer leichten Beschleunigung zunehmen. Dagegen entwickeln sich die Effektivverdienste gegenläufig. Zurückzuführen ist diese Differenz auf Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und auf eine Verminderung der Spanne zwischen tariflichem und effektivem Stundenverdienst, also der Lohndrift.

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie

	Männer Wochenstunden	Stundenver- dienst in DM	Frauen Wochenstunden	Stundenver- dienst in DM
1973, Januar	43,2	8,37	40,2	5,84
April	43,7	8,61	40,4	6,02
Juli	43,7	8,89	40,3	6,26
Oktober	43,7	8,93	40,1	6,30
1974, Januar	42,3	9,03	39,5	6,39

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/74, S. 452*)

Während die Tarifverdienste auf Stundenbasis in der Industrie im Januar 1974 um 11,4 Prozent über dem Vorjahresstand lagen, (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 69*), stiegen die effektiven Bruttostundenverdienste bei den Männern um 7,9 und bei den Frauen um 11,1 Prozent. Bei den Angestellten in der Industrie lauten die entsprechenden Zahlen für die Bruttomonatsverdienste 8,5 und 9,5 Prozent. Die Effektivlohnpolitik der Unternehmer hat also die Tariflohnpolitik der Gewerkschaften partiell durchkreuzt. Es zeigt sich, wie wichtig eine tarifliche Absicherung von Effektivverdiensten gerade in konjunkturell schwachen Perioden ist. Für die kommenden Tarifverhandlungen wird die Verringerung der Lohndrift, der Abbau übertariflicher Verdienstbestandteile, sicher eine Rolle spielen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls in Rechnung stellen, daß angesichts der gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt von den Unternehmern eine Senkung von Effektivverdiensten eher durchgesetzt werden kann als in konjunkturell günstigeren Perioden.

3.2 Steuern und Abgaben

Der Anstieg des Lohnsteueraufkommens hat sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1974 weiter fortgesetzt.

Lohnsteueraufkommen 1974

	In Mill. DM	In Prozent geg. Vorjahr
Februar	4 596,0	+ 14,0
März	4 108,5	+ 8,8
April	4 678,9	+ 13,5
Mai	5 283,5	+ 25,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/74, S. 354* und 7/74, S. 433*)

Neben den steigenden Lohnsteuerabzügen, die auch durch die Reform der Einkommenssteuer, die am 1. 1. 75 in Kraft treten soll, nur kurzfristig vermindert werden dürften, werden in der nächsten Zeit auch höhere Sozialabgaben auf die Arbeiter und Angestellten zukommen.

Am 1. 1. 75 wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 1,7 auf 2 Prozent steigen. Gleichzeitig wachsen die Defizite bei der Rentenversicherung. Um den Beitragssatz von 18 Prozent, der als „politisches Datum“ gilt, nicht erneut heraufsetzen zu müssen, werden die Kosten der Krankenversicherung der Rentner auf die Krankenversicherungen verlagert. 1968 hatte der Bundestag eine Verteilung dieser Lasten zwischen Renten- und Krankenversicherung wie 80:20 festgelegt. In den letzten Jahren wuchs jedoch der Anteil der Krankenversicherungen. Nach einem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums soll die Lastenverteilung nunmehr wie 50:50 erfolgen. Bei der alten Aufteilung müßten die Beiträge zur Rentenversicherung auf 19,5 Prozent erhöht werden (FAZ v. 10. 7. 74; HB v. 9. 7. 74). Stattdessen werden nun infolge der Kostenverlagerung die Krankenkassenbeiträge steigen.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettoeinkommen werden 1974 voraussichtlich sowohl wegen der verminderten Erwerbstätigenzahlen als auch wegen eines verlangsamten Anstiegs der Effektivverdienste weniger rasch steigen als 1973.

Einkommen und Abzüge 1973/74 gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent

	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge	Nettolöhne und -gehälter	Differenz Brutto- zu Nettoantrag
1973, 1. Vj.	+ 12,1	+ 15,1	+ 11,2	- 0,9
1973, 2. Vj.	+ 12,5	+ 41,4	+ 5,1	- 7,4
1973, 3. Vj.	+ 12,5	+ 24,7	+ 8,7	- 3,8
1973, 4. Vj.	+ 13,4	+ 21,9	+ 10,3	- 3,1
1974, 1. Vj.	+ 8,6	+ 12,0	+ 7,6	- 1,0
1974, 1. Hj. *)	+ 10,5	-	+ 9,5	- 1,0
1974, 2. Hj. *)	+ 11,0	-	+ 8,0	- 3,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 69*; Wirtschaftskonjunktur, 7/74, S. 31)
*) Schätzung des Ifo-Instituts

Auch die Belastungen durch Lohnsteuer und Sozialabgaben werden wieder überproportional zunehmen, so daß sich der Anstieg der verfügbaren Arbeitseinkommen zusätzlich verlangsamen wird.

Das gilt auch dann, wenn man in Rechnung stellt, daß infolge von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die staatlichen Unterstützungszahlungen eine größere Bedeutung für die Einkommenssituation der Arbeiterklasse gewinnen werden.

Masseneinkommen (Nettoarbeitseinkommen, Sozialrenten und Unterstützungen, Beamtenpensionen) gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1974, 1. Vj.
	+ 9,6	+ 11,0	+ 5,6	+ 11,2	+ 10,8
					+ 9,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 69*)

Bei einer Fortsetzung dieser Tendenz wird ein weiterer Rückgang der Verbraucherausgaben und damit eine Schwächung des inneren Marktes die Folge sein.

3.4 Preise

In den ersten Monaten des Jahres 1974 hat sich der Preisanstieg der privaten Lebenshaltung statistisch leicht verlangsamt.

Preisindex gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent

	Priv. Lebens- haltung	Priv. Lebenshaltung ohne Sai- sonwaren	ohne Nah- rungs- mittel	Erzeuger- preise ind. güterpreise	Verbrauchs- güterpreise
1973, Juni	+ 7,6	+ 6,6	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,0
Juli	+ 7,3	+ 6,6	+ 7,0	+ 7,2	+ 6,5
August	+ 7,2	+ 6,6	+ 7,1	+ 7,4	+ 6,6
September	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,6	+ 6,9	+ 7,2
Oktober	+ 6,6	+ 6,0	+ 6,7	+ 7,2	+ 7,7
November	+ 7,4	+ 6,0	+ 7,6	+ 8,1	+ 8,4
Dezember	+ 7,8	+ 6,1	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,5
1974, Januar	+ 7,4	+ 6,1	+ 7,5	+ 10,3	+ 9,1
Februar	+ 7,6	+ 6,5	+ 7,9	+ 11,7	+ 9,8
März	+ 7,2	+ 6,5	+ 7,5	+ 12,8	+ 10,3
April	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,7	+ 13,2	+ 9,8
Mai	+ 7,2	+ 6,9	+ 7,7	+ 14,0	+ 10,3
Juni	+ 6,9	+ 6,9	+ 7,6	+ 13,6	+ 10,3
Juli	+ 6,9	+ 6,9	-	-	-

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/74, S. 528; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 68*; FAZ v. 5. 8. 74)

Der optisch etwas niedrigere Preisanstieg wird von Regierung und Unternehmern nach Kräften ausgenutzt, um von einer „Tendenzwende“ zu sprechen. Bundesbankpräsident Klasen wird sehr deutlich, wenn er die Gewerkschaften auffordert dieses „Datum“ bei den nächsten Lohnverhandlungen zu berücksichtigen. „Ein Unglück wie der Abschluß im öffentlichen Dienst darf sich nicht wiederholen.“ (Zit. in: HB v. 22. 5. 74.)

Dementgegen zeigen die unverminderten Steigerungsraten für die Lebenshaltung ohne Nahrungsmittel und ohne Saisonwaren ebenso wie die weit darüber liegenden Raten für industrielle Verbrauchsgüter, daß von einer Verlangsamung des Preisanstiegs nicht geredet werden kann. Die optische Verminderung bei der Lebenshaltung ist in erster Linie Folge saisonaler Sondereinflüsse. Saisonwaren sind im Juli 74 um rund drei Prozent billiger gewesen als im Vorjahresmonat (FAZ v. 10. 8. 74). Zudem ist eine rein statistische Verschiebung zu berücksichtigen, die in dem besonders hohen Anstieg Juni 1973 zu suchen ist (Basiseffekt).

Dementsprechend sagt das Hamburger HWWA-Institut für die nahe Zukunft einen Sprung nach oben in den Verbraucherpreisen voraus, der für das Jahr 74 insgesamt eine Steigerungsrate der privaten Lebenshaltung von 8,5 Prozent zur Folge haben dürfte (zit. in: HB v. 28. 5. 74).

Das wirtschaftliche Komitee der OECD rechnet für das zweite Halbjahr 1974 mit einer Steigerungsrate von 9 und im ersten Halbjahr 75 von 9,5 Prozent (HB v. 3. 7. 74). Selbst Bundesbankpräsident Klasen, der behauptet, die Preissteigerungsraten lägen unter den Erwartungen zu Beginn des Jahres, meint lediglich, die Jahresrate würde „deutlich unter 9 Prozent“ bleiben (HB v. 22. 5. 74). Offensichtlich hat er vergessen, daß in der Jahresprojektion der Bundesregierung für 1974 eine Indexsteigerung zwischen 8 und 9 Prozent projiziert worden war.

3.5 Reallohnentwicklung

Bundeskanzler Helmut Schmidt versprach noch im Juli vor 3000 Belegschaftsmitgliedern der Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf: „Auch 1975 steigen die Reallohne.“ (Zit. in: Kölner Stadtanzeiger v. 15. 7. 74.)

Wenn schon in der Vergangenheit nur noch ganz geringfügige Reallohnverbesserungen durchgesetzt werden konnten, so ist angesichts der gegenwärtigen Entwicklung zumindest für das zweite Halbjahr ein leichter Rückgang wahrscheinlich. Schon wenn die zu Anfang des Jahres erwartete Preissteigerungsrate von 8,5 Prozent nicht überschritten werden sollte, würde der vom Ifo-Institut vorausgeschätzte Nettoeinkommensanstieg von 8 Prozent um 0,5 Prozent überschritten werden. Ein Anstieg der Reallohne entsprechend der Zusage des Bundeskanzlers ist also in Zukunft auch im Durchschnitt kaum wahrscheinlich.

Tatsächlich haben die noch kürzlich von Klasen als „Unglück“ bezeichneten Lohnabschlüsse von Anfang des Jahres, die nominale Tariflohnsteigerungen zwischen 11 und 12,5 Prozent gebracht hatten kaum die Reallohne gesichert, ganz abgesehen von einem Anteil an der vergrößerten Produktivität. Auch die Klagen über angeblich untragbare Kostenbelastungen und dadurch notwendig werdende Preiserhöhungen wurden durch die Tatsachen widerlegt. So muß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) feststellen: „Wider Erwarten sei im ersten Quartal dieses Jahres von den Löhnen kein vermehrter Druck ausgegangen; die Aufwendungen für Löhne und Gehälter (in der Industrie, J. G.) waren nur um 0,5 Prozent höher als im Vorquartal.“ (Zit. in: HB v. 25. 7. 74.)

3.6 Beschäftigung und Arbeitszeit

Die Arbeitslosigkeit entwickelt sich gegenwärtig zu einem zentralen Problem, das immer breitere Schichten der Arbeiterklasse direkt betrifft.

Arbeitsmarkt 1973/74 in Tausend

	Arbeitslose 1973	Differenz 1973/74	Kurzarbeiter 1973	Differenz 1973/74	Offene Stellen 1973	Differenz 1973/74
März	287	562	+ 275	26	256	+ 230
April	241	517	+ 276	30	211	+ 181
Mai	211	457	+ 246	24	223	+ 199
Juni	201	451	+ 250	18	195	+ 177
Juli	217	491	+ 274	11	141	+ 130

Arbeitslosenquote 1974 in Prozent

	März	April	Mai	Juni	Juli
	2,6	2,4	2,1	2,1	2,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/74, S. 65* und 8/74, S. 65*)

Die Entwicklung des Monats Juli hat zu einem neuen Tiefpunkt auf dem Arbeitsmarkt geführt. Es wurde die höchste Juli-Arbeitslosenzahl seit 12 Jahren gemeldet. Im Juli 1967 waren es „nur“ 377 000 Arbeitslose gewesen. Die Verminderung der Zahl der Kurzarbeiter deutet daher auf eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hin. Die Unternehmer gehen vielfach von Kurzarbeit zu Entlassungen über.

Der Ernst der Lage wird durch Saisoneinflüsse noch verschleiert.

Arbeitsmarkt saisonbereinigt in Tausend 1974

	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquote in %
April	538	338	2,4
Mai	564	317	2,6
Juni	606	299	2,8
Juli	645	279	2,9

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 7)

Deutlich schlägt sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit nun auch in der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung nieder.

Abhängig Beschäftigte zum Quartalsende in Tausend

	Gesamtwirtschaft	Industrie
1973, 2. Vj.	22 450	8 353
3. Vj.	22 590	8 426
4. Vj.	22 550	8 321
1974, 1. Vj.	22 100	8 232
1974, Mai	-	8 190

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/74, S. 65*)

Im ersten Quartal 74 sind 450 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, während die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum nur um 76 000 zugenommen hat.

Die Struktur der Arbeitslosen ist einem Wandel unterworfen. Größer wird der Anteil der beschäftigungslosen Angestellten. So hat sich von Ende September 73 bis Ende Mai 74 die Arbeitslosenquote der Angestellten auf 1,5 Prozent mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum ging die Quote bei Arbeitern von 3,1 auf 2,5 Prozent zurück.

Arbeitslosenquoten in Prozent im Mai 1974

Gesamtquote	Personen ohne Berufsausbildung	Personen mit Berufsausbildung	Akademiker
2,1	3,6	1,3	0,7

(Quelle: Sonderuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit)

Obwohl nach wie vor Arbeiter und Angestellte mit Berufsausbildung weniger häufig arbeitslos sind, gibt es doch keine noch so gute Ausbildung, die vor Beschäftigungslosigkeit schützt. Beispiel sind die 14 000 arbeitslosen Akademiker, von denen ein Drittel Ingenieure sind.

Für die kommenden Monate wird allgemein mit einer weiteren Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt gerechnet. Das Ifo-Institut schätzt zum Jahresende eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote von rund 3 Prozent, das bedeutet ca. 700 000 Arbeitslose.

Trotz dieser besorgniserregenden Situation sieht Helmut Schmidt in der Bundesrepublik keine „wirkliche Arbeitslosigkeit“. „Wir haben etwas Kurzarbeit und einige Arbeitslose“, führte er in seiner Rede vor Mannesmann-Arbeitern aus (zit. in: Kölner Stadtanzeiger v. 15. 7. 74). Für die Bundesregierung ist die gegenwärtige Situation „nicht besorgniserregend“ (Helmut Schmidt, Interview mit der „Hamburger Morgenpost“). Erst ab 4,5 Prozent, also einer Million Arbeits-

loser, müsse der Beschäftigungsstand Vorrang vor der Stabilitätspolitik haben.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, Karl-Heinz Narjes (CDU) möchte die wachsende Arbeitslosigkeit bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen berücksichtigt sehen (zit. in: Kölner Stadtanzeiger v. 15. 7. 74).

Es ist offensichtlich, daß Unternehmer und Bundesregierung die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt ausnutzen möchten, um ihre Vorstellungen von Lohnpolitik durchzusetzen. „Die jetzige Diätur muß fortgesetzt und durchgestanden werden, weil nur ein gesunder wirtschaftlicher Organismus eine dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze gewährleistet.“ (Hans Roeper in: FAZ v. 3. 8. 74.)

Informations- berichte des IMSF

Der Sachverständigenrat — ein Instrument staatsmonopolistischer Lohnregulierung

35 Seiten, Format DIN A 4, Band 14 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1974, DM 5,—

Von der ACHEMA 73 zur Ölkrise

Die Chemische Industrie der BRD und die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus: Umweltschutz als neue Profitquelle

69 Seiten, Format DIN A 4, Band 13 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1974, DM 7,—

Mieten in der BRD

100 Seiten, Format DIN A 4, Band 9 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1972, DM 8,—

Kaderschule für das Kapital

Theorie und Praxis der Harzburger Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft

58 Seiten, Format DIN A 4, Band 10 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1972, DM 5,—

Arbeitskampfrecht als Instrument des außerökonomischen Zwangs gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften

36 Seiten, DIN A 4, Band 8 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1972, DM 5,—

Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland

130 Seiten DIN A 4, Heft 7 der Reihe Informationsberichte des IMSF, DM 8,—, bei Abnahme von mindestens 5 Exemplaren DM 7,— pro Bericht. 3., verbesserte Auflage

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)
6 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6

4 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf den Abschnitt des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Abschnitt
1	Bruttosozialprodukt in				
a)	jeweiligen Preisen	1. Hj. 1974/73	%	+ 7,0	1.1
b)	Preisen von 1962	1. Hj. 1974/73	%	+ 1,0	1.1
2	Industrieproduktion				
a)	insgesamt	Juni 1974/73	%	+ 3,1	1.1
b)	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Juni 1974/73	%	+ 3,3	1.1
c)	Investitionsgüterindustrien	Juni 1974/73	%	+ 4,6	1.1
d)	Verbrauchsgüterindustrien	Juni 1974/73	%	- 0,9	1.1
e)	Bauindustrie	Mai 1974/73	%	- 10,0	1.1
f)	Eisenschaffende Industrie	Mai 1974/73	%	+ 7,7	1.1
g)	Chemische Industrie	Mai 1974/73	%	+ 6,0	1.1
h)	Elektrotechnische Industrie	Mai 1974/73	%	+ 5,9	1.1
i)	Straßenfahrzeugbau	Mai 1974/73	%	- 11,6	1.1
j)	Textilindustrie	Mai 1974/73	%	- 6,7	1.1
k)	Ernährungsindustrie	Mai 1974/73	%	+ 0,6	1.1
3	Auftragseingänge der Industrie (Nominal)				
a)	insgesamt	Juni 1974/73	%	+ 8,2	1.1
b)	aus dem Inland	Juni 1974/73	%	+ 2,2	1.1
c)	aus dem Ausland	Juni 1974/73	%	+ 22,6	1.1
4	Ausrüstungsinvestitionen (real)	1. Hj. 1974/73	%	- 6,5	1.5
5	Exportüberschuß				
a)	absolut	Juni 1974/73	Mrd. DM	2,5	1.6
b)	gegenüber dem Vorjahr	Juni 1974/73	%	+ 55,2	1.6
6	Konkurse und Vergleiche				
a)	absolut	1. Hj. 1974	Zahl	3521	2.2
b)	gegenüber dem Vorjahr	1. Hj. 1974/73	%	+ 42,6	2.2
7	Löhne und Gehälter				
a)	Tariflöhne und -gehälter	Juni 1974/73	%	+ 12,2	3.1
b)	Effektivverdienste je Beschäftigten	Juni 1974/73	%	+ 9,4	3.1
c)	Masseneinkommen	1. Vj. 1974/73	%	+ 9,5	3.3
8	Private Lebenshaltung	Juli 1974/73	%	+ 6,9	3.4
9	Arbeitsmarkt				
a)	Arbeitslose	Juli 1974	tsd.	491	3.6
b)	Arbeitslose saisonbereinigt	Juli 1974	tsd.	645	3.6
c)	Kurzarbeiter	Juli 1974	tsd.	141	3.6
d)	offene Stellen	Juli 1974	tsd.	353	3.6
e)	abhängig Beschäftigte	März 1974	tsd.	22 100	3.6

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßzahl, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um

16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt. Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „..“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

entschleierte profite

Bilanzlesen leichtgemacht

Eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen, verfaßt im Auftrage des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, 150 Seiten, 5 Formblätter, DM 8,—.

Wie liest man eine Bilanz? Was sagt die Gewinn- und Verlustrechnung aus? Was versteht man unter Abschreibungen, Rücklagen und Rückstellungen? In welchem Verhältnis stehen die ausgewiesenen Bilanzgewinne zu den tatsächlich erwirtschafteten Profiten? Auf solche und andere Fragen im Zusammenhang mit der Profitanalyse versuchen die Verfasser dieser Publikation eine Antwort vom Standpunkt der marxistischen politischen Ökonomie zu geben, nicht in der Absicht, ein umfassendes Lehrbuch über das betriebliche Rechnungswesen zu veröffentlichen, sondern um eine verständliche und brauchbare Anleitung zur selbständigen Profitermittlung anzubieten. Dieses Handbuch wurde für alle gemacht, die die Manipulationen der Manager durchschauen wollen, für Arbeiter und Angestellte, für Betriebsräte und Vertrauensleute, für Wirtschafts- und Betriebszeitungsredakteure usw.

Kenntnisse über die tatsächlichen Profitverhältnisse und ihre Anwendung im Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten sind gerade heute eine wirksame Waffe gegen das Großkapital. Das Wissen um die tatsächliche Höhe, Struktur und Verwendung der Profite ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer betriebsnahen, gewerkschaftlichen Lohnpolitik und kann zur Entlarvung des oft strapazierten Märchens von der Lohn-Preis-Spirale beitragen. Darüber hinaus wird der Kampf um echte Mitbestimmung, die vor der Finanz- und Investitionspolitik der Betriebe nicht haltmacht, das Bedürfnis nach brauchbaren Profitanalysen wachsen lassen.

Im Mittelpunkt der Publikation steht die Erläuterung der Profitermittlungsmethoden, wobei methodische Hinweise und Formblätter dem interessierten Leser Gelegenheit zur aktiven Mitarbeit geben. Schaubilder und Graphiken tragen dazu bei, den Stoff zu veranschaulichen. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge wurde eine kurze Abhandlung über die Rolle und Bedeutung der Aktiengesellschaften als der vorherrschenden Unternehmensform kapitalistischer Großbetriebe vorangestellt. Ein Schlagwortverzeichnis mit Begriffserläuterungen sowie ein Anhang mit Tabellen und Statistiken zur Lohn- und Profitentwicklung sind wertvolle Ergänzungen dieser Publikation und tragen zur besseren Orientierung bei.



NACHRICHTEN-VERLAGS-GESELLSCHAFT MBH.
6 Frankfurt/Main 1, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72